

„Nächster ‚Europäischer Rat‘“ in 30 jours d’Europe (Januar 1975)

Legende: Dieser im Januar 1975 in der Monatszeitschrift 30 jours d’Europe erschienene Artikel äußert sich positiv über die „Banalisation“ der europäischen Gipfelkonferenzen, die künftig als „Europäischer Rat“ stattfinden werden. Der Rat wird dreimal jährlich tagen; da seine Tagungen fortan regelmäßig stattfinden und weniger feierlich sind werden, wird der Europäische Rat die Bedingungen für einen neuen Anlauf der Gemeinschaft schaffen und gleichzeitig seine politische Entscheidungsfähigkeit stärken.

Quelle: 30 jours d’Europe. dir. de publ. FONTAINE, François ; Réd. Chef CHASTENET, Antoine. Janvier 1975, n° 198. Paris: Service d’information des Communautés européennes. "Prochain "Conseil Européen"", auteur:L., A. , p. 7-9.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/nachster_europaischer_rat_in_30_jours_d_europe_januar_1975-de-1847d158-110e-47d7-9e61-2d38d6ce4b75.html

Publication date: 05/07/2016



Vor dem Frühling

Nächster „Europäischer Rat“

Beim letzten Gipfeltreffen der Regierungschefs der Neun wurde die politische Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft gestärkt.

Das Treffen der Regierungschefs der Neun, das letzten Monat in Paris stattfand, war das letzte seiner Art, der letzte dieser „Gipfel“, die immer nach dem gleichen Muster abliefen: Jemand schlägt ein Treffen vor, es wird vorbereitet, es wird dramatisiert, man ist erleichtert über seinen Ausgang ... und dann wird es von vielen vergessen. Die nächsten Treffen der Regierungschefs der Gemeinschaft – das erste wird noch vor dem Frühling stattfinden und es wird mindestens drei Treffen pro Jahr geben – werden ganz anders aussehen: Sie werden routinemäßig und ziemlich geheim ablaufen, wie ein nationaler Ministerrat. Das wird der „europäische Rat“ sein.

Blockade in der Gemeinschaft gelöst

In den drei Wochen, die seit dem „letzten Gipfel/ersten Europäischen Rat“ von Paris vergangen sind, hat sich trotz allem gezeigt, dass das Treffen am 9. und 10. Dezember sein Hauptziel erreicht hat: Die Arbeit der europäischen Institutionen wieder ins Rollen zu bringen sowie die Misserfolge und Frustrationen, die sich in der Gemeinschaft Tag für Tag fast während des ganzen Jahres 1974 angehäuften, zu beseitigen.

Vor gerade mal einem Jahr durchlebte die Europäische Gemeinschaft den härtesten Winter ihres kurzen Daseins. Nicht aufgrund der besonders schlechten Wetterbedingungen – ganz im Gegenteil, dank des ungewöhnlich milden Klimas im Januar und Februar konnten die Europäer sogar an Heizkosten sparen und zu Fuß oder mit dem Fahrrad durch die autofreien Städte bummeln – sondern, weil bei den Treffen der Gemeinschaft nichts mehr voranging.

Dem Ministerrat der Gemeinschaft, der vom Kopenhagener Gipfel die Aufgabe bekommen hatte, die gemeinsame Energiepolitik schnell voranzubringen und ein europäisches Hilfsprogramm für die am stärksten benachteiligten Gebiete des gemeinsamen Marktes ins Leben zu rufen, gelang es nicht, zu einem Ergebnis zu kommen. Schlimmer noch, die Konferenz der Energieverbraucherländer in Washington stellte die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den anderen europäischen Partnern darüber, wie die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten aussehen sollten, offen zur Schau. Einen Monat später warf der Sieg der Labour-Partei bei den Parlamentswahlen sogleich die Frage auf, ob das Vereinigte Königreich diese Gemeinschaft verlassen würde, der es erst seit fünfzehn Monaten angehörte, nachdem es dort zwölf lange Jahre an die Tür geklopft hatte.

Die meisten Beobachter dachten, die Gemeinschaft würde zerbrechen, und fragten sich, von welcher Seite wohl der Todesstoß kommen würde.

Jetzt scheint es so, als ob die schweren Verletzungen, die der Gemeinschaft am unglückseligen Ende des Jahres 1973 und am noch katastrophaleren Anfang des Jahres 1974 zugefügt wurden, langsam heilen. Sicherlich wird es nur eine langsame Genesung sein, aber immerhin eine Genesung.

Die Voraussetzungen für eine schrittweise Wiederbelebung

Bei der letzten Tagung der Regierungschefs konnten nicht nur die auffallendsten Misserfolge der jüngsten Vergangenheit aus der Welt geschafft werden, sondern es wurden auch die Voraussetzungen für eine schrittweise Wiederbelebung geschaffen. Die Neun haben tatsächlich teilweise Antworten gefunden auf grundsätzliche Fragen wie die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die Rolle Großbritanniens in der Gemeinschaft, die durch die wiederholten Erhöhungen des Erdölpreises entstandenen Energie- und Finanzprobleme, die Funktionsweise der Organe, die internen Ungleichgewichte der Gemeinschaft, das entstehende Bewusstsein einer Gemeinschaftsbürgerschaft.

Nach einer langen Phase der Verunsicherung bewegen sich die „Dinge“ in der Gemeinschaft jetzt langsam wieder in die richtige Richtung. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind weiterhin und noch für lange Zeit ein sehr heikles Thema in den Beziehungen zwischen den europäischen Ländern. Das ist eine Tatsache, mit der man lernen muss zu leben, und es scheint so, als ob man sich in allen Hauptstädten der Gemeinschaft darum bemüht. Die letzten Monate haben zur Genüge gezeigt, dass z. B. einerseits Frankreich denkt, dass der Dialog mit Washington zwar schwierig, aber notwendig ist, ohne allerdings von gewissen Konstanten seiner Außenpolitik abzuweichen, dass aber andererseits der Gedanke, dass die Partner von Frankreich dazu bereit sind, alles auf dem Altar einer konsequent amerikafreundlichen Politik zu opfern, einer nicht mehr zeitgemäßen Schwarzweißmalerei entspricht. Diese neue Geisteshaltung, die beim Treffen in Paris deutlich spürbar war, ist der Ausdruck eines Fortschritts, der weit mehr ist als nur eine veränderte Stimmung.

Das britische Problem

Ein weiterer wichtiger Punkt: das britische Problem. Es entstand praktisch zum selben Zeitpunkt wie die Gemeinschaft, und es wird sicherlich noch viele Jahre dauern, bis eine vollkommene Verschmelzung der verschiedenen Mentalitäten stattgefunden hat. Aber seit dem Gipfel im Dezember kann man hoffen, dass die Mehrheit der politischen Kräfte in Großbritannien ein für alle mal für das Prinzip der Mitgliedschaft ihres Landes in der Gemeinschaft eintreten wird. Dies sollte einen entscheidenden Einfluss auf die öffentliche Meinung haben, die sich sicherlich noch vor Ende des Sommers endgültig zum Verbleiben Großbritanniens in der Gemeinschaft äußern muss.

Die „Neuverhandlung“ ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber der britischen Regierung geht es momentan eher darum, möglichst viele Zugeständnisse von ihren Partnern zu bekommen, als darum, alle Belange der Gemeinschaft voranzubringen. Die grundsätzliche Einigung der Neun beim schwierigsten Problem, der Beschränkung des britischen Beitrags zum Haushalt der Gemeinschaft, lässt jedoch auf einen schnellen Abschluss der Diskussionen hoffen. Sie wird nämlich sowohl dem britischen Standpunkt („fair share“) gerecht als auch dem französischen, dem zufolge diese „Korrekturen“ den Grundsatz der Gemeinschaftspräferenz nicht in Frage stellen dürfen.

Daher wird Großbritannien höchstwahrscheinlich dazu angehalten werden, an die Gemeinschaft den gesamten Erlös aus Zöllen und Agrarabschöpfungen für Einfuhren aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft zu zahlen, wobei der Beitrag jedoch reduziert werden kann, indem der Anteil der Mehrwertsteuer, der in den Gemeinschaftshaushalt eingezahlt werden muss, abgeändert wird.

Energie

Im Bezug auf die Energiefrage konnte die Erklärung von Paris nicht sehr explizit sein. Man wusste ja bereits, dass ein anderer Gipfel – derjenige von Giscard d’Estaing und Ford am 15. und 16. Dezember in Martinique – die Verbindung herstellen sollte zwischen der amerikanischen (gemeinsame Front der Verbraucher) und der französischen Strategie (die Konfrontation mit den Produktionsländern vermeiden). Mit dem Grundsatzabkommen, das bei dem Treffen in Martinique getroffen wurde, konnten zwar nicht alle Probleme gelöst werden, aber seit dem Gipfel von Paris ist ein offener Dialog zumindest möglich. Insbesondere die Europäische Gemeinschaft beteiligt sich offiziell an den Arbeiten der im Rahmen der OECD geschaffenen Internationalen Energieagentur und kann darauf achten, dass die Beschlüsse, die dort eventuell gefasst werden, mit den Interessen aller Länder der Gemeinschaft vereinbar sind, auch mit denjenigen Frankreichs, dem einzigen Land der Gemeinschaft, das sich an der Agentur nicht beteiligt. Das war vor dem Gipfel nicht der Fall. Ein ähnliches Problem könnte sich vor allem hinsichtlich der Finanzagentur stellen, die von den Vereinigten Staaten für die Wiederverwendung der Öldollars vorgeschlagen wurde. Aber in beiden Fällen ist es vielleicht einfacher zu verhindern, dass die in der westlichen Welt entwickelten Lösungen zur Abwendung der Energie- und Finanzprobleme ausschließlich rein amerikanische Interessen berücksichtigen, wenn Frankreich außerhalb der OECD-Agentur bleibt. Die Abwesenheit Frankreichs könnte in der Tat dazu beitragen, die Rolle des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft aufrechtzuerhalten in diesem komplexen Spiel zwischen den westlichen Industrieländern seit Beginn der Ölkrise.

Für den europäischen Bürger

Die Öffentlichkeit in Großbritannien, Italien und Irland hörte mehr als zwei Jahre lang von der „unmittelbar bevorstehenden“ Schaffung eines europäischen Regionalfonds. Die in Paris getroffenen Entscheidungen hinsichtlich der – relativ bescheidenen – Höhe und hinsichtlich der Art und Weise, wie die europäischen Hilfen verteilt werden sollen, schafften eine Ungerechtigkeit aus der Welt. Sie sollten, wie George Thomson, Europäischer Kommissar für Regionalpolitik, betonte, dazu beitragen, das Vertrauen von Millionen von Bürgern in die Gemeinschaft wiederherzustellen.

Der „europäische Bürger“ wurde von den Neun übrigens auch nicht vergessen. Bis zum Jahr 1976 soll eine Arbeitsgruppe einen Bericht vorlegen zur Abschaffung der Passkontrollen innerhalb des gemeinsamen Marktes, zur Erstellung eines einheitlichen Passes für die 250 Millionen Europäer, die in der Gemeinschaft leben, sowie zur Vereinheitlichung des Ausländerrechts. Ein zweites Thema, das zur Diskussion auf der Tagesordnung steht, ist die Frage, ob den Bürgern der Gemeinschaft Sonderrechte auf lokaler, provinzieller und regionaler Ebene zugestanden werden.

Der – beim 1973 von den Erdöl fördernden Ländern gegen die Niederlande verhängten Embargo jämmerlich mit Füßen getretene – Begriff der Solidarität der Gemeinschaft ist jetzt ebenfalls in der Erklärung der Neun wieder aufgetaucht, und zwar im Bezug auf die Konvergenz der Wirtschaftspolitik unserer Länder.

Die Finanzminister haben die Aufgabe, sich gemeinsam auf eine Politik zu einigen, die dem Ziel der Solidarität der Gemeinschaft Rechnung trägt und auf ständigen und effizienten Konsultationsmechanismen beruht. Das ist nichts wirklich Neues und man muss vorsichtig sein. Allerdings ist festzustellen, dass Harold Wilson das beim Gipfel von 1972 festgelegte Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion unterstützt.

Viel wichtiger für die Zukunft der „europäischen Bürger“ sind jedoch die Entscheidungen der Regierungschefs, die die sogenannten „institutionellen“ Fragen betreffen. Die Europäer werden nun erfahren, dass bestimmte sie betreffende Entscheidungen von den Ministern der Neun mit qualifizierter Mehrheit und nicht einstimmig getroffen wurden. Außerdem werden sie viel hören von diesem Jahr der Europäischen Union, vor allem vom belgischen Premierminister Léo Tindemans, der noch vor dem 31. Dezember einen zusammenfassenden Bericht vorlegen muss über die Ideen, die ihm vom Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gerichtshof unterbreitet werden (nicht ohne vorherige Konsultation der Regierungen und der die Öffentlichkeit vertretenden Gremien). Das Europäische Parlament muss ebenfalls Vorschläge unterbreiten zur Wahl des Parlaments durch allgemeine Wahlen. Nächstes Jahr müssen die Regierungen über diese Vorschläge entscheiden, damit der neue Wahlmodus ab 1978 angewendet werden kann.

Die Banalisierung der Gipfel

In einer Zeit, wo die Wirtschaft unsere Länder von einer schweren Rezession durch anhaltende Inflation bedroht ist, hat die Mehrheit der Bürger der Gemeinschaft in allen Entscheidungen, die beim letzten Gipfel in Paris getroffen wurden, sicherlich keine Lösung für ihre dringendsten persönlichen Probleme erkennen können. Zumindest haben die Bürger erfahren, dass die Regierungschefs es für wichtig halten, sich öfter zu treffen, ohne viel Aufhebens, im Rahmen eines „Europäischen Rates“, der wohl immer mehr dem Ministerrat ähneln wird, den es in jedem Land bereits gibt, und immer weniger jenen außergewöhnlich feierlichen diplomatischen Konferenzen von Regierenden, die sich danach in die herrliche Abgeschiedenheit ihres jeweiligen Landes zurückziehen.

Diese „Banalisierung“ der Gipfel kann die politische Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft nur stärken. Das ist vielleicht das wichtigste Ergebnis des „letzten Gipfels in Paris“.

A.L.

